

Allgemeiner Anzeiger.

Der Allgemeine Anzeiger erscheint wöchentlich am Mittwoch und Sonnabend. Abonnementspreis: vierteljährlich ab Schalter 1,15 Mk. bei freier Zustellung durch Boten ins Haus 1 Mark 35 Pfennige, durch die Post 1,15 Mark auschl. Postgebühren. Bestellungen nehmen auch unsere Zeitungsboten gern entgegen.

Amtsblatt

Postfachkonto:
Leipzig Nr. 348 94.

für die Ortsbehörde und den Gemeinderat zu Bretnig.

Lokal-Anzeiger für die Ortschaften Bretnig, Großröhrsdorf, Hauswalde, Frankenthal und Umgegend.

Inserate, die 4 gespaltenen Korpuszeile 15 Pf. für Inferenten im Abdruck, für alle übrigen 20 Pf., im amtlichen Teile 25 Pf., und im Kellerteil 40 Pf., nehmen außer unserer Geschäftsstelle auch sämtliche Annoncen-Expeditionen jederzeit entgegen. Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Inserate bitten wir für Mittwoch-Nummer bis Dienstag vormittags 11 Uhr, für die Sonnabend-Nummer bis Freitag vormittags 11 Uhr einzusenden.

Schriftleitung, Druck und Verlag von A. Schurig, Bretnig.

Nr. 92.

Sonnabend, den 16. November 1918.

28. Jahrgang

Schlachtviehabgabe.

1. Die bisherigen Bestimmungen über die Aufbringung von Schlachtvieh werden in folgender Weise ergänzt:

Zu Beginn jedes Umlagezeitraums, der sich in der Regel auf 3 Monate erstreckt, wird in jeder Gemeinde durch einen beauftragten Viehhändler bei den Viehbesitzern eine Voranfrage gehalten, welche Tiere und an welchem Tage der Viehbesitzer in dem Umlagezeitraum abgeben will. Der Händler hat die Umfrage in Gegenwart eines von der Gemeinde bestimmten Landwirts vorzunehmen und ihm mitzuteilen, wieviel Zentner Lebendgewicht er in dem Umlagezeitraum abzugeben hat. Erfolgt Einigung über die Abgabe, so schneidet der Händler die abzugebenden Stücke an und vermerkt dies in seinem Abnahmebuch. Hierbei ist tunlichst auch über die Wertklasse, nach der die Preisberechnung erfolgen soll, eine Vereinbarung herbeizuführen. Verweigert der Viehbesitzer die Abgabe, so wird die zuständige Viehansehndekommission darüber entscheiden, ob und welche Stücke abzugeben sind. Trifft die Abnahmekommission die Entscheidung, daß 1 Stück abzugeben ist, so können dem Viehbesitzer die durch die Tätigkeit der Kommission erwachsenen Kosten auferlegt werden, und zwar in Höhe von wenigstens 10 Mark. Die gleichen Kosten werden dem Viehbesitzer auferlegt, der die vorher dem Händler zugesicherte Abgabe zu dem vereinbarten Tag oder Preis verweigert. Den zur freiwilligen Abgabe auffordernden Händler sind die Belege vorzulegen, aus denen ersichtlich ist, wieviel Zentner Lebendgewicht auf das gesamte Ablieferungsoll abgegeben oder notgeschlachtet sind. Soweit Notgeschlachtungen erfolgt sind, hat die Gemeinde die erforderliche Auskunft zu geben. Auch zu Schlachtzwecken abgegebene Schweine und Schafe sind auf das Soll anzurechnen.

Der seitens der Gemeinde an der Voranfrage teilnehmende Landwirt hat sich genaue Aufzeichnungen über die wegen der Viehabgabe getroffenen Vereinbarungen (Name, Tiergattung, Abgabetermin, Wertklasse) zu machen.

2. Alle bisher noch zur Abgabe bestimmten und angeschnittenen Rinder sind spätestens am 18. November ds. Js. zur Ablieferung zu bringen. Der neue Umlagezeitraum erstreckt sich auf die Zeit vom 18. November 1918 bis 28. Februar 1919. Innerhalb dieses Zeitraums ist das Jahresoll voll zu erfüllen. Den Zeitpunkt der Abnahme bestimmt in Zweifels- und besonderen Bedarfsfällen die Ansehndekommission. Tiere, die im November oder Dezember dieses Jahres abgegeben werden sollen, sind mit 1 Haarschnitt, die im Januar 1919 abzugebenden mit 2 Haarschnitten und die im Februar 1919 abzugebenden mit 3 Haarschnitten zu versehen. Da nach den neuen Bestimmungen unter 1 jeder Viehbesitzer sein Ablieferungsoll genau kennt bzw. erfährt, liegt es in seinem eigenen Interesse, wenn dem Händler freiwillig Vieh zur Abgabe zur Verfügung gestellt wird, denn im Weigerungsfalle sind Kosten gemäß Ziffer 1 zu gewärtigen.

Kamenz, am 9. November 1918.
**Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.**

Kurze Nachrichten.

Staatssekretär Lansing erklärte in einer Note, daß Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln an Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen.

Der Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin haben dem Thron entsagt.

Die alliierte Flotte ist am Mittwoch morgen in Konstantinopel eingetroffen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist mit dem Großen Hauptquartier in Wilhelmshöhe eingetroffen.

Unter dem Vorsitz Dr. Nießers ist in Berlin ein vorbereitender Ausschuss von Bürgerräten gebildet worden.

Wegen der harten Waffenstillstandsbedingungen richten die Katholiken Deutschlands einen Hilferuf an den Papst.

Das englische Oberhaus hat die Vorlage angenommen, die den Frauen das passive Wahlrecht für das Unterhaus gibt.

In Prag wird das baldige Eintreffen von 25 000 Mann Ententruppen erwartet.

Amerika und die Schweiz schicken Lebensmittel.

Basel, 14. November. Die „Times“ melden: Acht ehemalige deutsche Dampfer verlassen mit Lebensmitteln für Deutschland am 19. November New-York.

Auch die schweizerische Regierung hat sich bereit erklärt, nach besten Kräften Deutschlands Volksernährung sichern zu helfen und der deutschen Volksregierung zu diesem Zweck jede Unterstützung angedeihen zu lassen. Sie setzt jedoch dabei voraus, daß die gegenwärtige Regierung nicht von einem Regime der Anarchie abgelöst wird.

Die Aufrechterhaltung unserer Volksernährung.

Berlin, 13. Nov. Die Aufrechterhaltung der Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel durch unbefugte Stellen vorgenommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über Bestände an Mehl, Getreide und anderen Lebensmitteln, die der Reichsgetreidestelle einer anderen Lebensmittelstelle oder einem anderen Kommunalverbande gehören, müssen daher unbedingt unterbleiben und, soweit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden.

Die Reichsleitung. Ebert. Haase.

Warnung!

Berlin, 13. Nov. In den letzten Tagen ist wiederholt in den Betrieb und die Verwaltung des öffentlichen Verkehrs eingegriffen worden. Es wird dringend gewarnt, solche Eingriffe zu wiederholen. Zur Lösung der schweren Aufgaben, die dem Volke gestellt sind — Durchführung der harten Waffenstillstandsbedingungen, Rückbeförderung der Truppen, Ernährung des Volkes und des Heeres — ist ein ungehinderter Gang der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einmischung von außen, auch wenn sie in bester Absicht besteht, kann unabsehbare Unheil stiften. Wenn Mißbräuche festgestellt werden, so wende man sich an den Volksbeauftragten Dittmann, dem die Aufsicht über das Verkehrs-wesen übertragen ist. Aber man hüte sich, die einzelnen Bahnbehörden oder gar das Eisenbahnministerium durch unmittelbare Anordnungen in seiner Arbeit lahmzulegen. Wer das tut, leistet der Sache des Volkes und der Freiheit einen Varedienst. (WVB.)

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert und Haase.

Nichtbefugnisse der A- und S-Räte.

Berlin, 13. Nov. Aus Anlaß mehrerer Einzelfälle hat die Reichsregierung entschieden, daß Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungskassen und Kreis-kassen anzuweisen und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, bisherige Gebühren selbständig zu erhöhen. (Amtlich. WVB.)

Oertliches und Sächsisches.

Bretnig. Am Donnerstag war es dem Ernst Hörnigchen Ehepaar vergönnt, das seltene Fest der diamantenen Hochzeit feiern zu können. Der Jubilar steet im 84., die Jubilarin dagegen im 80. Lebensjahre. Möchte den hochbetagten Leuten noch ein recht heiterer Lebensabend beschieden sein!

Bretnig. Das Preussische Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde dem Briefträger Bernhardt am hiesigen Postamt verliehen.

Bretnig. Der Kanonier Willy Berge vom Fuhrer-Reg. 19, Sohn des Zimmermanns Adolf Berge, hier, wurde mit dem Eisernen Kreuze 2. Klasse ausgezeichnet.

Erleichterungen im Wertpaketverkehr.

Bisher ist es aus Mangel an brauchbaren Verpackungstoffen, Bindfäden, Siegellack usw., den Absendern vielfach nicht möglich gewesen, bei Postpaketen von der Wertangabe Gebrauch zu machen. Infolgedessen blieb bei den jetzigen hohen Preisen der Schabener, der von der Postverwaltung auf Grund des Postgesetzes in Verlust- und Beschädigungsfällen zu leisten war, oft hinter dem wirklichen Wert der Sendungen zurück. In entgegenkommender Weise hat nun der Staatssekretär des Reichspostamts verfügt, daß vom 15. November an bei Paketen mit einer Wertangabe bis 100 Mk. verlustweise keine höheren Anforderungen an Verpackung und Verschluß zu stellen sind als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mk. keine Versiegelung mehr verlangt.

Mangel an Zahlungsmitteln.

Das Ministerium des Innern hat folgende Bekanntmachung erlassen: Zurzeit besteht ein empfindlicher Mangel an Zahlungsmitteln. Hervorgehoben wurde er, abgesehen von einer vorübergehenden Einstellung des Eisenbahnverkehrs mit Berlin durch Erkrankungen (Grippe) unter den technischen Angestellten der mit der Herstellung von Banknoten und Kassenscheinen betrauten Betriebe. Große Mengen an Zahlungsmitteln sind außerdem dem Verkehr dadurch entzogen worden, daß ein Teil der Bevölkerung aus Unverstand und ohne sich die Folgen seiner Handlungsweise für die Durchführung eines geordneten Zahlungsverkehrs klarzumachen, Banknoten und Kassenscheine bei den Banken und sonstigen Kassen abgehoben hat. Der Mangel an Zahlungsmitteln hat jetzt zur Folge, daß die inbutriellen Betriebe des Landes in dieser Woche die Löhne an ihre Angestellten und Arbeiter nur zum Teil werden in bar auszahlen können. Alle Vorkahrungen, um die fehlenden Zahlungsmittel so schnell als möglich zu beschaffen, sind getroffen. Es ist deshalb mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die etwa verbleibenden Vornote baldigt nachgezahlt werden können. Von der Einsicht der Betroffenen erwarten wir, daß sie volles Verständnis für die gegebene Lage haben und sich willig darein schicken werden, daß ihnen ein Teil ihres wohlverdienten Lohnes einmal nicht sofort in bar ausgezahlt werden kann.

Keine Annullierung von Kriegs-anleihe. In der Provinz wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Absicht habe, Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte auf das bestimmteste zu dementieren.

Kamenz, 13. November. Die vom Arbeiter- und Soldatenrat für gestern abend nach dem Gasthof zum Goldenen Stern einberufene Volksversammlung war von etwa 800 bis 1000 Männern und Frauen besetzt. Den Vorsitz führte Herr Bruno Martin. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden des Arbeiterrates, Herrn Kaiser, erstattete Herr Müller von der Flieger-

schule Kamenz Bericht über die Vorgänge der letzten Tage, die in ihrer Gesamtheit unsern Lesern ja bereits bekannt sind. Er berichtete auch über die vom Arbeiter- und Soldatenrat in der Ernährungsfrage getroffenen Maßnahmen, die zu der Hoffnung berechtigen, daß ernsthafte Schwierigkeiten ferngehalten werden. Der nächste Redner, ein Soldat, feierte den wunderbaren Geist, von dem die Bewohnerschaft bei der Durchführung der Neuordnung geleitet war, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Freiheitsbewegung sich auch auf unsere bisherigen Feinde ausbreiten, dadurch aber eine Milderung der schweren Waffenstillstandsbedingungen eintreten werde. Indessen müsse auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das deutsche Volk die Bedingungen erfüllen müsse; der Redner verbreitete sich im Hinblick auf diese Eventualität des längeren über die wirtschaftliche Lage. Inzwischen war mit fast einstündiger Verspätung der Referent des Abends, Herr Landtagsabgeordneter Fleißner-Dresden (unabh. S.) eingetroffen. Er ergriff sofort das Wort und nahm zunächst zu den pessimistischen Schlüssen des Vorredners Stellung, denen er keineswegs beipflichten könne; er glaube bestimmt, daß in den nächsten Tagen eine gleiche Bewegung wie in Deutschland auch England und Frankreich überfluten werde, und daß auch hinsichtlich der zarten Bedingungen „nichts so heiß geessen werde, wie es gekocht werde“. In seinen weiteren Ausführungen gab er eine eingehende Schilderung des Entstehens und Verlaufes der politischen Umwälzung, erwähnte zu strenger Disziplin und verbreitete sich über die Grundsätze des Sozialismus. Er schloß mit der Hoffnung, daß, wenn alle einig zusammenstünden, Deutschland nicht so gedrückt aus dem Kriege hervorgehen werde, wie es jetzt der Fall zu sein scheint. In der anschließenden Aussprache nahm Herr Amtshauptmann Graf Bisthum von Göttsch Stellung zu den Ereignissen. Er schilderte die Empfindungen der bisher treu Kaiser und König dienenden Beamten; wenn er und seine Beamten dennoch auch unter dem neuen Regime auf ihrem Posten ausharrten, so leitete sie ausschließlich das Gefühl der Liebe zu allen Volksgenossen. Er ging weiter auf die Ernährungsfrage ein, die auch bei Milderung der Waffenstillstandsbedingungen außerordentlich ernst sei. Nur wenn die Verordnungen hinsichtlich Rationierung usw. von allen Teilen der Bevölkerung restlos anerkannt und befolgt würden, werde es möglich sein, die ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden. Mit einem Appell in diesem Sinne schloß er seine Ausführungen. Herr Assessor Schmidt als nächster Redner beleuchtete die Schulfrage am Kriege, rückte dabei das französische Revanchegedächtnis, den englischen Imperialismus und den Panlawismus in den Vordergrund, er bewertete danach die Verdienste Hindenburgs ums deutsche Volk und betonte die noch weite Kreise erfüllende monarchische Gesinnung. Ihm antwortete der Referent Herr Fleißner, indem er vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus die drei angeschnittenen Punkte besprach und dabei eine einheitliche deutsche Republik ohne die bisherige Kleinstaaterei forderte. Nach kurzen Bemerkungen eines Soldaten erreichte schließlich die Versammlung gegen 1/12 ihr Ende.

Oberrhan. Ein überraschender Fund wurde hier gemacht. Eine etwa 80 Jahre alte Witwe, die in den kümmerlichsten Verhältnissen von den ihr von mitleidigen Menschen gereichten Gaben lebte, mußte dieser Tage, da sie erkrankt war, ins Krankenhaus übergeführt werden. Bei der Herrichtung ihres Bettes wurden — darin verbleibt — ungefähr 8000 Mark, davon 2090 Mark in Gold, gefunden.